



Nachhaltigkeit oder Chaos?

Mathias Küng

Podium zur 10-Millionen-Schweiz wird emotional: SVP-Glarner geisselt Zuwanderung, SP-Wermuth betont wirtschaftliche Bedeutung.

«Zwischen 10-Millionen-Schweiz und Bilateralen III» – unter diesem Titel lud der Gewerkschafts-Dachverband Arbeit Aargau in Baden zu einer Diskussion. Die Schweiz suche ihren Weg in Europa, sagte Irène Kälin, Arbeit-Aargau-Präsidentin und Nationalrätin der Grünen, vor dem zahlreich erschienenen Publikum. Es gehe jetzt darum, wo die grössten Chancen und wo die grössten Risiken sind.

Glerner: Eigene Kultur geht immer mehr verloren

Vom Aargauer SVP-Nationalrat und kantonalen Parteipräsidenten Andreas Glarner wollte der Moderator und Chefredaktor dieser Zeitung, Fabian Hägler, wissen, was er damit meine, die Schweiz löse sich auf wie ein Stück Zucker im Wasser. Natürlich tue sie das, antwortete Glarner: «Wir fühlen uns immer mehr fremd im eigenen Land. Unsere Kultur wird zum Teil gekapert von anderen Kulturen, von anderen Religionen. Und das merken die Schweizer natürlich. Sie merken, dass sie nicht mehr ganz wohl sind. Sie spüren den Dichtestress und dass die eigene Kultur immer mehr verloren geht.»

Wermuth: Unglaublich starke Integrationskraft

Das sieht der Aargauer SP-Nationalrat und Co-Präsident der SP Schweiz, Cédric Wermuth,

ganz anders. In Bundesbern leben viele mit hohen Löhnen in Einfamilienhäusern. Diese hätten woanders schnell das Gefühl von Dichtestress. Er wohne im dritten Stock eines Blocks in einem Arbeiterquartier. Da sei es dicht bebaut, das seien sehr viele so gewohnt und lebten damit. Wermuth mit Blick auf die SVP-Initiative: «Wenn man schaut, wie das die Schweiz im Vergleich mit anderen Ländern macht, bin ich überrascht, wie unglaublich stark die Integrationskraft in unserem Land ist.» Die Arbeitslosigkeit sei tief, die Schweiz brauche Spezialisten und Innovation, das generiere zusätzlichen Wohlstand.

Alleva: «Das ist eine Lügeninitiative»

Sie habe kürzlich gesagt, die SVP-Initiative sei nichts anderes als Fremdenfeindlichkeit im ökologischen und heimat-schützerischen Mäntelchen, sagte Hägler zur Unia-Präsidentin Vanina Alleva. Ja, heute sage sie gar, es sei eine Lügeninitiative, bekräftigte die Gewerkschafterin. Diese sei ein Angriff auf die Rechte der Arbeitnehmenden, gefährde Löhne und (wegen fehlenden Personals) das Gesundheitswesen, es sei eine «Chaos-Initiative». Mit ihr müssten mehr Leute unter prekären Arbeitsbedingungen arbeiten, so ihr Vorwurf. Ab 9,5 Millionen Menschen sehe die Initiative

eine Einschränkung beim Familiennachzug vor. Das wäre ein Zurück zum Saisonierstatut, zurück zu Zeiten, in denen Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter ihre Kinder verstecken mussten. Glarner widersprach. Selbstverständlich gehe Familiennachzug, der bedeute aber nicht nur Kinder: «Das heisst auch Grossmutter, Tante, Onkel, Nichte, Neffe. Dort möchten wir vielleicht eine Bremse machen. Da geht es um sehr viele. Fragen Sie mal in den Spitälern, wen sie alles operieren.»

Er verlangt, dass erst Zehntausende Arbeitslose aus händeringend Leute suchenden Branchen in Arbeit kommen, bevor man neue Leute hereinholt. Er wehrte sich heftig gegen den Vorwurf, die Initiative brächte tiefere Löhne.

Gehler: Bald fehlen uns 400'000 Arbeitskräfte

Auch Peter Gehler, Vizepräsident der Aargauischen Industrie- und Handelskammer, lehnt die SVP-Initiative ab. Abschottung schaffe keinen Wohlstand. Der Schweiz fehlen aber in vier, fünf Jahren 400'000 Arbeitskräfte, mahnte Gehler, weil die «Boomer» in Rente gehen und viel zu wenig Junge nachkommen. Es gehe um Arbeitsplätze in der Pflege, in der Industrie, das könne überall sein. «Wenn man keine Pflegende findet, wird nicht gepflegt, so einfach ist



das.» Dann gingen viele Betriebe halt «dorthin, wo die Arbeitskräfte sind».

Gehler mahnte: «Die Initiative ist brandgefährlich, sie greift ganz zentral die Personenfreizügigkeit an.» Im Übrigen arbeiteten diejenigen, die via Personenfreizügigkeit kommen, laut Seco-Zahlen mehr als Schweizerinnen und Schweizer. Zu den vielen Arbeitslosen in Personal suchenden Branchen meinte Gehler, man könne jemanden halt nicht einstellen, wenn er oder sie sich für eine Stelle nicht eigne.

Bringt Initiative Aus für bilaterale Verträge?

Völlig uneinig war man sich auch über die Wirkung auf die bilateralen Verträge aufgrund einer allfälligen Kündigung der Personenfreizügigkeit. Für Alleva führt das klar zur Vertragskündigung. Glarner ist sich sicher, die EU werde die Verträge nicht kündigen, das brauche Einstimmigkeit, zudem sei die Union sehr am Verkehrsabkommen interessiert.

Aber ohne Personenfreizügigkeit könne man hereinholen, wenn man wirklich brauche, sagte Glarner. Einstimmigkeit bräuchte es in der EU für die Kündigung nicht, widersprach Gehler. Die Verträge würden aufgrund der Guillotine-Klausel automatisch

gekündigt.

Bewirkt KI viel weniger Arbeitsplätze?

Aus dem Publikum kam die Frage, ob es wegen künstlicher Intelligenz überhaupt noch viele Arbeitsplätze geben werde. Das habe man auch gefragt, als die Eisenbahn aufkam, das Internet, die Digitalisierung, antwortete Gehler. Gewisse Arbeitsplätze fallen weg, neue kommen dazu: «Jemand muss all diese Systeme ja betreiben.» Wermuth erinnerte daran, dass seine Partei einst aus Angst um Arbeitsplätze gegen die elektronische Datenverarbeitung war. Wermuth: «Die krassste Fehleinschätzung ever.»



Auf dem Podium diskutierten Cédric Wermuth (Co-Präsident SP Schweiz), Vania Alleva (Präsidentin Unia), Moderator Fabian Hägler, Peter Gehler (Vizepräsident Handelskammer) und Andreas Glarner (Nationalrat SVP, von links).

Bild: Henry Muchenberger